

# Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Täglich 3 Ausgaben

Redaktion: Falkenstrasse 11, Zürich 1

Verwaltung: Goethestrasse 10 • Druckerei: Goethestrasse 10

Telefon 32 71 00 • Hauptpostfach • Postcheckkonto VIII 645

Annoncen: Die einspaltige Millimeterzeile:

lokale Geschäftsempfehlungen	32 Rp.
Anzeigen schweizerischen Ursprungs	37 Rp.
Samstag-, Sonntag- und Montagmorgenausgabe je 2 Rp. Zuschlag	
Anzeigen ausländischen Ursprungs	42 Rp.
Reklamen, textspaltenbreit	1.75 Fr.
Papierpreiszuschlag 2 % auf den Grundtarifen	

Briefadresse für die Annoncen-Abteilung: Postfach 215, Zürich 1

## Ostberlin

verzichtet. Der Streik im  
weitergehen.

richtete sich anfangs  
Normenerhöhungen,  
Charakter einer *politi-*  
an. Der Ministerrat  
dem Beginn der Demon-  
stranten sein.

## Die Demonstranten

(DPA) Unter dem  
Protestaktionen der  
hat der Sowjetzonen-  
tag nachmittag die Ar-  
beit.

vor dem Haus der  
einen Lautsprecher-  
Ministerrat hat die  
errufen. Die Arbeiter  
vor dem Ministerium zu  
Diskussionen in der  
n. Diese Mitteilung  
und Bravorufen aufge-  
tranten begaben sich  
am Alexanderplatz. Es  
rotewohl und Ulbricht  
dann abtreten!"

## Eindruck

### Kurswechsels

O. F. Berlin, 16. Juni

Die taktische Schwen-  
Wirkung eingebüßt.  
die Dienststellen der  
Anträge auf Aus-  
apassen für Reisende  
unbureaukratisch und  
st" zu bearbeiten, und  
nische Erleichterungen  
in Aussicht. Aber die  
s stellt fest, daß sich  
tlichen nicht geändert  
e nur durch verwund-  
mit der freien Welt  
aufrechterhalten. Im  
Sowjetzone und Berlin  
ngen eingetreten, und  
lin-Helmstedt ist keine  
ng zu verzeichnen;  
allerdings seit einigen  
en bei der Abfertigung

der Bevölkerung der  
Mißtrauen vor. Die  
spolizei, die Parteistel-  
nd Steuerämter werden  
t, die eine Bestätigung  
aß die in Aussicht ge-  
wirklich durchgeführt  
Gewerbetreibende und  
man ihnen schriftlich  
eht nur ihre Betriebe  
rn daß ihnen Kredite  
Verfügung gestellt und  
gen Steuerrückständen  
ehen" eingestellt wer-

den. Sie wollen sicher sein, daß ihnen keiner-  
lei Nachteile erwachsen.

In der Sowjetzone ist bis jetzt keine wirk-  
liche Entspannung eingetreten. Der *Flücht-*  
*lingsstrom* nach Westberlin dauert an. Am  
Sonntag und am Montag meldeten sich über  
zweitausend Flüchtlinge bei den Aufnahme-  
stellen. Man stellt allerdings einen starken  
*Rückgang* der Zahl der flüchtenden *Bauern*  
fest. Die Flüchtlinge äußern sich durchweg  
skeptisch über den „neuen Kurs“. Es gibt  
nicht wenige unter ihnen, die erklären, es  
handle sich bei den Maßnahmen um ein neues  
Manöver, mit dem Moskau das Ziel verfolge,  
in der westlichen Welt Verwirrung zu stiften  
und Westdeutschland von den Westmächten  
wegzuziehen. Die Flüchtlinge weisen darauf  
hin, daß der Staatssicherheitsdienst bestehen  
bleibe. Solange aber die *Geheimpolizei* nicht  
abgeschafft werde, könne man nicht von einer  
Entspannung reden. Als ein Affront wird die  
Mitteilung empfunden, daß der Minister für  
Staatssicherheitsdienst, *Wilhelm Zaisser*, auf  
Empfehlung der Regierung „für unwandel-  
bare Treue zur Arbeiterklasse und langjährige  
Verdienste um die Entwicklung der deutschen  
Arbeiterbewegung“ mit dem Karl Marx-  
Orden ausgezeichnet werden soll.

So weit man sieht, herrscht unter den mitt-  
leren *Parteifunktionären* ein Aberwille gegen  
die Verfügungen von russischer Seite. Die  
Selbstkasteiung der Parteiführer wird als un-  
würdig empfunden. Viele Funktionäre, denen  
der Verlust ihres Postens droht, versuchen, die  
Durchführung der Maßnahmen durch passiven  
Widerstand zu sabotieren. Die als Antreiber  
bekannten Funktionäre wagen es nicht mehr,  
sich auf der Straße sehen zu lassen. Bei den  
Parteifunktionären scheint die *Desorientie-*  
*rung* vollkommen zu sein.

Die Ostpresse stellt die Erklärung des west-  
deutschen Oppositionsführers *Ollenhauer* in  
den Vordergrund, daß für die Wiederherstel-  
lung der Beziehungen zwischen den vier Be-  
setzungsmächten das *Potsdamer Abkommen*  
die einzige zurzeit bestehende rechtliche Basis  
sei. Ollenhauers Angriffe gegen Bundeskanzler  
Adenauer werden zustimmend kommentiert,  
insbesondere die Behauptung, Adenauer wolle  
Viermächtebesprechungen verhindern.

## „Parteisäuberung“ in der Tschechoslowakei

Wien, 16. Juni. ag (AFP) An einer Massenkund-  
gebung, die in Bratislava zum Abschluß des Kon-  
gresses der *slowakischen Kommunistischen Partei*  
veranstaltet wurde, erfolgte die Annahme einer  
*Resolution*. Darin wird verlangt, „daß alle jene,  
welche anlässlich der Währungsreform ihre Kom-  
munistenpflicht verraten haben, aus der Partei aus-  
geschlossen und schwer bestraft werden“. Das  
tschechoslowakische Volk wird aufgefordert,  
„größte Wachsamkeit zu zeigen und die Klassen-  
feinde unbarmherzig zu verjagen“.

Nach Berichten von unterrichteter Seite sollen  
in den letzten Tagen *Tausende von Arbeitern* aus  
der Kommunistischen Partei und eine noch größere  
Zahl aus dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund *aus-*  
*geschlossen* worden sein.

## Verfrühtes „Te Deum“

Am Sonntag, 14. Juni, ist in den evangelischen  
Kirchen Westdeutschlands eine *Erklärung von*  
*Bischof Dibelius* verlesen worden, in der zwar  
gesagt ist, das die evangelische Kirche in Ost-  
deutschland auch jetzt noch Schwierigkeiten be-  
gegnet wird; aber der Erklärung kommt doch der  
Sinn einer Einladung zu einem „Te Deum“ zu in  
der Meinung, es sei in den Beziehungen zwi-  
schen Kirche und Staat im Osten eine entschei-  
dende Wendung eingetreten. Gemeint ist das Ver-  
sprechen der ostdeutschen Regierung, ihre Kam-  
pagne gegen die Kirche einzustellen, wofür die  
Kirchenführung zugesagt, sich nicht mit wirtschaft-  
lichen und politischen Angelegenheiten zu befas-  
sen.

In seinem Brief an Minister Zaißer, den der  
„Kirchenbote für den Kanton Zürich“ in der Juni-  
ausgabe vollinhaltlich unter dem Titel: „Ein  
Schweizer wehrt sich für Verfolgte in der Ost-  
zone“ wiedergegeben hat, schrieb *Prof. Karl*  
*Barth*:

„Die Tatsache, daß die Kirche im Bereich der  
DDR bis jetzt Freiheit hatte, innerhalb des  
sozialistischen Staatswesens ihr eigenes Leben zu  
leben, den ihr gebotenen eigenen Weg zu gehen  
und das ihr aufgetragene eigene Wort zu sprechen,  
gehört bis heute zu den Punkten, auf die man in  
der westlichen Welt inmitten des allgemeinen  
Sturms von den sozialistischen Regierungen der  
Oststaaten mit gutem Gewissen in positivem Sinne  
hinweisen konnte.“ Mit der Verhaftung von einer  
Reihe von Geistlichen war die Existenz einer  
freien Kirche in der Ostzone für Karl Barth be-  
droht: „Es scheint sich dann etwas vom Schlimm-  
sten, was die ausgesprochenen Gegner der öst-  
lichen Staats- und Regierungsform im ganzen  
Westen immer behauptet haben, zu bewahrheiten:  
es könne im Machtbereich der DDR (wie einst im  
Machtbereich des Hitler-Staates) nur eine der offi-  
ziellen Kulturdoktrin gleichgeschaltete, also un-  
freie, also notwendig unchristliche Kirche legiti-  
mten Bestand haben; es werde sich eine Kirche,  
die sich als christliche Kirche erhalten wolle, in  
irgendwelche „Katakomben“ zurückziehen müssen.“

So wäre nun also die Rückkehr zum „Status  
quo“ der freien Kirche erfolgt; Barths Befürch-  
tungen fielen dahin, und das „Te Deum“ könnte  
von den Schweizer Kirchen übernommen werden.

So einfach liegen die Dinge nicht. Greifen wir  
zurück zum „Credo“ aus der Zeit des deutschen  
*Kirchenkampfes unter dem Nationalsozialismus*,  
nämlich der Vernehmung der ersten freien  
reformierten Synode in *Barmen* am 3. Januar  
1934, an der Karl Barth maßgebend mitgewirkt  
hatte. Es heißt da: „Die Kirche hat ihren Ur-  
sprung und ihr Dasein ausschließlich aus der  
Offenbarung, aus der Vollmacht, aus dem Trost  
und aus der Leitung des Wortes Gottes, das der  
ewige Vater durch Jesus Christus, seinen ewigen  
Sohn, in der Kraft des ewigen Geistes, als die Zeit  
erfüllt war, ein für allemal gesprochen hat.“ Aus  
dieser Bestimmung der Kirche ergeben sich die  
Aufgaben der Kirche: „Der Dienst der Verkündi-  
gung, der Dienst der Aufsicht und die die Ver-  
kündigung begleitenden Dienste der Lehre und der  
Liebe durch die berufenen Träger.“

Es bestünde nun also in der deutschen Sowjet-  
zone eine kirchliche Lage, wie sie der *Barmener*  
*Erklärung* entspricht. Was heißt das? Daß auch  
jene andere These von Barmen gilt (im direkten

pen wird einst das gleiche  
t. Das Bleibende ist nicht  
mer... Erfordernissen

Zentnarbeiter der Basler Hochschule waren der  
äußere Anlaß. Die Arbeit ist in sechs Abschnitte  
gliedert. Nach einer... Einsitzung, die über Sinn

seines Faches eingegangen, weil er schon vor 1700  
als erster den Nachstar extrahierte mit einer von  
ihm erfundenen Inst... f... r...

Anschluß an die Definition der Kirche): „Damit ist abgelehnt die Ansicht: die Kirche könne und müsse sich außer auf die Offenbarung des dreieinigen Gottes auch noch auf eine dem Menschen trotz dem Sündenfall zugängliche Gottesoffenbarung in der Natur und der Geschichte begründen und beziehen.“ Damit ist der Trennungsstrich zwischen der transzendenten und der immanenten Welt gezogen. Die Kirche ist der Verantwortung für das immanente Geschehen enthoben. Der staatliche und der kirchliche Bereich sind säuberlich festgelegt. Freiheit für die Kirche in ihrem Bereich: Lehre, Verkündigung, Gemeinschaft in Liebe der Glieder der Gemeinde und aber auch Freiheit für den Staat in seinem politischen und wirtschaftlichen Handeln. So leid es den Freunden in der Schweiz sein möge: „Unser Kampf gilt nicht dem nationalsozialistischen Staat, sondern den Deutschen Christen“, hatte Karl Barth betont, als er noch in Bonn lehrte, zu einer Zeit, als das Hitlerium schon Hekatomben von Opfern an Menschenleben gefordert hatte. Dies im staatlichen Bereich!

Es gibt Wiederholungen in der Geschichte, deren Monotonie niederschmetternd wirkt. Dazu gehört das Mißverständnis über die Beziehung zwischen Kirche und Staat seit dem Nationalsozialismus bis in unsere unmittelbare Gegenwart.

Distanz von der *Parteilichkeit* ist für die Kirche eine Selbstverständlichkeit. Das kann aber nur da gelten, wo das Kräftespiel der politischen Parteien an die Voraussetzungen ethischer und kultureller Maßstäbe gebunden ist. Sobald eine Partei die andern Parteien ausschaltet, die Macht allein ausübt, zu Akten der Willkür und des Terrors übergeht, muß die Abwehr einsetzen, an der sich jeder beteiligen muß, dem die Menschenrechte heilig sind. Und hier scheiden sich die Geister in der Kirche. Es geht ja nicht um theologische Spitzfindigkeiten, wo der Laie sagen könnte: „Das mögen die Theologen untereinander ausmachen.“ Wer die Kirche nur von der Transzendenz her sieht, muß den Terror in seinen rein politischen und wirtschaftlichen Formen zum mindesten dulden; er hat sich selber des Rechtes beraubt, einzuschreiten. Wer sich vor Gott auch in der immanenten Schöpfung verantwortlich fühlt, kann nicht passiv abseits stehen, wo Menschen verfolgt, gequält, gefoltert und umgebracht werden.

Man kann sagen: In dem, was er in seinem Brief an Minister Zaißer meint, hat Karl Barth volle Genugtuung bekommen. Aber wo ist die Garantie, daß der Terror überhaupt aufhört? Darum distanzieren wir uns von unserem Standort aus von dem „verführten Te Deum“. In seinem Zürcher Vortrag „So wahr mir Gott helfe“ vom 5. September 1938 sagte Barth:

„Und sodann die Unmöglichkeit, sich hinsichtlich eines Eides auf den Namen Adolf Hitler auch nur auf eine Unterhaltung einzulassen, wo die Spatzen es von den Dächern riefen, daß die gesetz- und rechtlose Gefangenhaltung Martin Niemöllers im Konzentrationslager auf dem persönlichen Willen und Befehl eben des Mannes beruht, dem Treue und Gehorsam zu schwören den Brüdern, für die Niemöller sich seit fünf Jahren mit Leib und Seele eingesetzt, jetzt zugemutet wurde.“

Man nehme dazu Barths jetzigen Vorstoß, veranlaßt durch die *Verhaftung von Pfarrern* in der Ostzone. Wieder die unheimliche Monotonie in der Wiederholung, und hier in der Ueberschätzung der „Kirchenleute“ unter den Verfolgten, wie wenn nicht alle Verfolgten Anrecht auf die Hilfe der westlichen Welt hätten! In diesen Zusammenhang gehört die „captatio benevolentiae“ im Eingang des Barth-Briefes an Minister Zaißer: „Ich darf, was die letzten Jahre betrifft, hervorheben, daß ich einer von denen bin, die im westlichen Europa besonders in evangelisch-kirchlichen Kreisen, aber auch in einer weitem Öffentlichkeit, seit 1945 für eine verständnisvolle Einstellung dem Osten gegenüber eintreten, und daß ich deshalb als angeblich heimlicher Kommunist heftig angegriffen worden bin.“ In seiner kirchenpolitischen Haltung belegt Barth selber seine Unempfindlichkeit, wo „bloß Laien“ vom Terror erfaßt werden. In zwanzig Jahren hat sich nichts geändert. Nur der geographische Raum, in dem sich der politische Terror seine Opfer sucht, hat Verschiebungen erfahren.

Die Kirche selber ist nicht konsequent. Wenn die Kunde nach Europa dränge, daß irgendwo in einem Kolonialgebiet Eingeborne gequält werden, würden sich die Kirchen dem humanitären Protest anschließen. So war es ja, als unter dem damaligen Herrn von Belgisch-Kongo, König Leopold II., „Kongogreneu“ ruchbar wurden.

der C-zone hat die Kirche, weil sie dem Erfolg erzielt.

Rasch ein „Te Deum“! Aber was hat sich innerhalb der Diktatur in der deutschen Sowjetzone geändert?

Es schiene uns verhängnisvoll, wenn sich das kirchliche Gewissen beruhigt fühlte. Wir stellen uns den „Laien“ zur Seite, die nach wie vor beunruhigt sind, weil in weiten Teilen der Welt, und so auch in der Ostzone, die „Menschenrechte“ nicht mehr angewendet werden. Nur die Formulierung stammt aus der Zeit der Französischen Revolution. Die Sache ist viel älter. Sie läßt sich sogar — biblisch begründen. Wenn auf breiter Front einmal ein bedeutsamer Schritt vorwärts erfolgt ist, werden wir mit Freude der Einladung zum „Te Deum — Großer Gott, wir loben dich“ Folge leisten. Aber noch jammert uns der gequälten Kreatur.

Walter Marti

## Oesterreichische Diskussionen über die „Friedensoffensive“

Tel. unseres Korrespondenten

wg. Wien, 16. Juni

Die neue russische Politik gegenüber Oesterreich erscheint auf der Traktandenliste des Parlaments. Allerdings wurde das ursprünglich für Mittwoch angekündigte außenpolitische Exposé des Bundeskanzlers Raab plötzlich auf Donnerstag *verschoben*, weil offenbar verschiedene Fühlungen notwendig sind, um die im Regierungslager aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten über die Taktik des Vorgehens zu überbrücken. An das Exposé wird sich eine große Debatte anschließen, in deren Verlauf die Redner aller Parteien und Gruppen das Wort ergreifen sollen. Die Volkspartei und die Sozialistische Partei erklären, sie ließen sich in ihrer prinzipiellen Stellungnahme durch die individuelle Haltung und Auffassung einzelner Politiker nicht beeinflussen. Es stellte sich nämlich deutlich heraus, daß die Exponenten des früheren Kabinetts Figl, die während sieben Jahren hartnäckig die strengen Prinzipien der Abwehrpolitik verfochten haben, zahlreiche Bedenken gegen eine elastische Taktik äußern, die nach ihrer Meinung in der Bevölkerung eine gewisse Unsicherheit hervorrufen und daher die bisher mit Erfolg bekämpfte Infiltration erleichtern könnte. In einer offiziellen Auslassung der Volkspartei wird schließlich eine *Rede des Innenministers Helmer* kritisiert, in der er ausgeführt hatte, die russische Friedensoffensive könnte den Kommunisten neuen Auftrieb geben. Diese Lesart sei, wie die Volkspartei versicherte, vollkommen falsch, weil die bisherige Politik der Kommunistischen Partei gerade durch die von Rußland verfügten Erleichterungen hoffnungslos kompromittiert sei.

In seiner Rede, welche die Gesamtregierung stark beschäftigt, hatte der sozialistische Innenminister Helmer vor allem die Auffassung vertreten, daß die innenpolitische Taktik gegenüber dem Besetzungsregime nicht geändert werden sollte. Die Aufhebung der Zonenkontrolle dürfe die Regierung und die Parteien unter keinen Umständen davon abhalten, ohne Unterlaß auf das Unrecht hinzuweisen, das Oesterreich durch die ständige *Verschleppung des Staatsvertrags* erleide. Freudenkundgebungen seien erst nach Unterzeichnung des Staatsvertrags am Platz. Außerdem wäre es gefährlich — so erklärte der Innenminister —, sich den Blick für die wirkliche Lage durch die momentane „Friedensoffensive“ Moskaus vernebeln zu lassen. Der Widerstand gegen die Besetzung dürfe daher nicht nachlassen, und die Abwehr gegen die kommunistische Infiltration müsse unbedingt erhalten bleiben.

### Ausarbeitung einer Regierungserklärung

wg. Wien, 16. Juni

Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den einzelnen Gruppen des Regierungslagers über die künftige Taktik gegenüber der russischen Besetzungsmacht und der neuen Kampagne der Kominform bestehen, haben Anlaß zu einer *vertraulichen Aussprache* der politischen Minister gegeben. Die Agrarier und die Sozialisten sind im allgemeinen der Ansicht, daß die Bevölkerung Anspruch auf *klare Orientierung* über den außenpolitischen Kurs und das Verhalten der Regierung gegenüber dem Besetzungsregime habe, da sonst die Dämme brüchig würden, die Oesterreich bisher vor der Infiltration und den Umtrieben der sogenannten „Rückversicherer“ geschützt haben. Zu dieser

Gruppe gehören in der Regierung der Außenminister *Helmer*, Außenminister *Thoma* und Innenminister *Ferdinand Graf*, der flügel angehört und stets vom linken Blick auf die Politik der Linken gewarnt hat. Die dieser Gruppe liegt darin, daß sie miß ablehnt.

Die Vertreter des Wirtschaftlichen von Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, empfehlen die Zusammenarbeit mit Bundeskanzler *Taktik*, die bereits jetzt die Verständigung zwischen den Parteien fördern sollte. Nach dem Willen des Oppositionsministers, die hinter dem Rücken stattfand, wurde der Beschluß der Bundeskanzler nicht als persönliche Darstellung, sondern als gemeinsame Fassung der Regierung aufgezogen. Die Fassung soll durchgearbeitet werden, in der die Parteien in gleicher Stärke ver-

## Die Wahlen zum Regionalparlament

Tel. unseres Korrespondenten

Eine Woche nach den Wahlen in ganz Italien fanden die Wahlen zum Regionalparlament statt. Die geringere Stimmbeteiligung in der *Regione della Toscana* gegen 15 000 Stimmen verlor die *Sardische Aktionspartei* ihren Verlust von 400 Stimmen. Die *Kommunisten* erlitten einen Verlust von 1000 Stimmen, während die *Liberalen* an Ort und Stelle blieben. Die *Sozialistische Partei* gewann 13 000 bzw. 5000 Stimmen. Die *Democrazia Nazionale* erhielt 1920 Stimmen.

Die Sitze im Regionalparlament der letzten Wahlen sind wie folgt verteilt: *Democrazia Cristiana* (1949): *Democrazia Cristiana* 58, *Liberalen* 26 000, *Sozialistische Partei* 12 000, *Liberalen* und *Sozialdemokraten* in der Provinz Nuoro kämpften, blieben auf dem gleichen Stand.

## Griechischer Wahlkampf

Athen, 15. Juni. Papagos ist am Montag Außenminister *Stephanos Sifnaios* und hoher Botschafter der türkischen Regierung in Athen. Der Minister erwidert den Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Papagos' besorgt über die Geschäfte der

## Neue britische Fühlungen

Kairo, 16. Juni. (U) kannt wird, hat der neue britische diplomatische Missionsträger *Robert Stevenson* ersetzt, bereitet den Kontakt mit der Regierung in der Militärjunta, Oberbefehlshaber der Montagsabend zum Nachschließen eine längere